

Landeshauptausschuss der baden-württembergischen FDP in Ilshofen

## Südwest-FDP betont Chancen der EU-Osterweiterung

Die baden-württembergische FDP hat bei einem Kleinen Parteitag in Ilshofen einen Leitantrag zur Europapolitik angenommen. Darin wird die rasche Osterweiterung der EU gefordert, aber ebenso die Einhaltung der Beitrittskriterien ange-mahnt. Die Europäische Union selbst sei bisher ungenügend auf die Erweiterung vorbereitet, da der Vertragsentwurf von Nizza keine ausreichende Grundlage dafür biete, dass die europäischen Institutionen auch in einem Kreis von bis zu 27 Mitgliedern funktionsfähig und effizient blieben.

«Die Erweiterung der EU, die auch ein Stück Wiedervereinigung Europas darstellt, liegt im ur-eigenen Interesse Deutschlands» heißt es in dem Leitantrag weiter. Die FDP forderte, dass die ersten Beitrittsstaaten als Mitglieder der Union schon an den nächsten Europawahlen im Jahr 2004 teilnehmen sollten. Das Rechtssystem in den Kandidatenländern müsse rechtsstaatlichen Mindestanforderungen genügen, mahnt die FDP. Im Leitantrag formuliert wird auch die generelle Einführung von Mehrheitsentscheidungen, eine Reform europäischer Institutionen sowie eine umfassende Agrarreform.

Die Delegierten des Kleinen Parteitags erweiterten den Leitantrag noch um ein verkehrspolitisches Kapitel. Danach soll es schnellstmöglich ein vom Bund finanziertes Programm zum Thema Transitverkehr geben.

Nach Ansicht des baden-württembergischen FDP-Vorsitzenden Walter Döring ist die geplante Osterweiterung der EU ein wichtiger Beitrag zur Friedenssicherung. Je sta-

biler und sicherer die Verhältnisse in den Beitritts-ländern seien, desto besser für Europa, sagte der Wirtschaftsminister in der CDU/FDP-Landesregie-rung. «Baden-Württem-

aber kommt diese Erweiterung nicht, dann werden die Kosten für ganz Europa noch viel höher sein», sagte Inotai.

Der frühere Bundesaußenminister Klaus



berg rückt ins Herz Euro-pas», erinnerte Döring die Delegierten. An den Fachkräftemangel im Land erinnernd, appellier-te der FDP-Politiker, die Zuwanderung nicht allzu rigide zu handhaben.

Der europapolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Helmut Haussmann, betonte, dass gerade nach dem 11. September 2001, die EU-Erweiterung wichtiger denn je sei. Nur so könne im gemeinsamen Europa Frieden und Sicherheit garantiert werden.

Der stellvertretende Geschäftsführer der Robert Bosch GmbH, Tilman Todenhöfer, erläuterte die Chancen der EU-Erweiterung aus Sicht der Wirtschaft. «Die Erweiterung ist auch eine Chance für Westeuropa das Tempo bei den dringend erforderlichen Reformen zu erhöhen», so Todenhöfer.

Der Budapester Weltwirtschaftsforscher, Prof. Dr. András Inotai, warb für einen zügigen Beitrittsprozess und warnte vor einer langen Hin-haltetaktik. «In der EU wird immer über die Kosten des Beitritts gejammert,

Kinkel forderte wieder mehr Visionen und Wärme im Beitrittsprozess durch die bisherigen EU-Mitgliedsstaaten. «Es wird Zeit, dass die Beitritts-länder ein Licht am Ende des Tunnels sehen. Sie haben enorme Anstrengungen unternommen und dürfen nicht mit immer noch weiteren For-derungen verärgert werden», betonte Kinkel in seinem leidenschaftlichen Plädoyer für Europa.

### Termine

**So., 2.12.2001, 11:00,** Stuttgart, Universität Hohenheim, Verleihung der Reinhold-Maier-Medaille an Wolfgang Mischnik

**Sa., 8.12.2001, 10:00,** Pforzheim, Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2002

**Sa., 5.01.2002, 10:00,** Stuttgart, KKL, 94. Ord. Landesparteitag

**Sa., 5.01.2002, 20:00,** Stuttgart, Alte Reithalle, Dreikönigsball

**So., 6.01.2002, 11:00,** Stuttgart, Staatstheater, Dreikönigskundgebung

### Editorial

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, liebe Julis,

„die offene liberale Bürgergesellschaft zeichnet sich durch Freiheit in Sicherheit und Freiheit durch Sicherheit aus“, so lautet eine Kernaussage im 1997 verabschiedeten Grundsatzprogramm der FDP (Wiesbadener Grundsätze). Seit den Terroranschlägen in den USA auf die Werte der freien Welt hat die Freiheit im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger wieder an Bedeutung gewonnen. Deshalb ist es aus meiner Sicht keine schwierige Zeit für Liberale sondern eine große Herausforderung und Chance. Als Streiter für die Freiheit haben wir nun die Möglichkeit für unsere Ideen der Freiheit zu werben und uns von anderen abzusetzen, die sich mit ihren Vorschlägen zur Terrorbekämpfung nicht für mehr Sicherheit sondern gegen mehr Freiheit einsetzen.

Da gibt es die einen, die meinen, mit einer schlecht ausgerüsteten und immer noch auf Wehrpflicht beruhenden Bundeswehr könne man Terror im Inneren bekämpfen und da gibt es die anderen, die alle Bankkonten zentral beim Finanzminister führen wollen, um den Terror finanziell trocken zu legen. Das sind nicht die Vorstellungen von uns Liberalen. Wir reagieren nicht überzogen und unverhältnismäßig auf die Herausforderungen des Terrors. Wir lehnen nicht alle geforderten Maßnahmen rundweg ab. Aber zuerst müssen einmal die bestehenden Gesetze konsequent angewandt werden und die Sicherheitsorgane die technischen, personellen und finanziellen Möglichkeiten bekommen, um die geltenden Gesetze anwenden zu können.

Für uns zählt der besonnene Blick auf die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen uns frei bewegen und uns nicht erpressen lassen. Wir wollen vor allem in einem liberalen Gemeinwesen leben, in dem wir den Nachbarn nicht wegen seiner Herkunft oder seiner Religion misstrauen. Schon gar nicht wollen wir einen Staat, der den permanenten Notstand dazu nutzt, unsere Freiheiten zu beschneiden. Wir Liberalen wissen, dass es Freiheit nicht ohne ein gewisses Maß an Sicherheit geben kann. Wir wehren uns aber gegen diejenigen, die mit einem scheinbaren Mehr an Sicherheit die Freiheit bekämpfen.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, es liegt in den kommenden Monaten an uns Liberalen, der Freiheit in unserem Land eine Gasse zu schlagen. Nicht nur auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit ist die Freiheit bedroht. Rote und Grüne planen auf dem Arbeitsmarkt, im Gesundheitswesen, bei der Bildung und beim Thema Mobilität ständig neue Angriffe auf die Freiheit des einzelnen. Da müssen zukünftig für Aupairs Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden, da werden Leistungen im Gesundheitssystem weiterhin budgetiert, da werden Studierende immer noch staatlich über Land verschickt und da wird der Straßenverkehr weiterhin künstlich gestaut statt ausgebaut. Es ist endlich an der Zeit, dass es in Deutschland wieder eine Regierungspartei gibt, die den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes wieder mehr Freiraum zur persönlichen Entfaltung lässt.

Die FDP ist die einzige Kraft der Freiheit in Deutschland. Das wollen und das werden wir im kommenden Bundestagswahljahr 2002 klar herausstellen. Wir schaffen mehr Freiheit mit niedrigeren Steuern und mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt. Wir schaffen mehr Freiheit in einem Gesundheitssystem mit mehr Selbstverantwortung. Wir schaffen mehr Freiheit in einem leistungsorientierten Bildungssystem. Wir schaffen mehr Freiheit in einem am Wettbewerb zwischen den Bundesländern orientierten Föderalismus. Wir schaffen mehr Freiheit in einem Verkehrssystem, dass auf freie Fahrt und fairen Wettbewerb setzt. Kurz gesagt: Mehr Freiheit ist wählbar: FDP

Lassen Sie uns in den kommenden Monaten gemeinsam für ein starkes Ergebnis der FDP bei der Bundestagswahl kämpfen. Sorgen Sie mit uns gemeinsam, dass die FDP in Baden-Württemberg wieder das stärkste Ergebnis einfährt. Ich zähle auf Sie!

Mit den besten Grüßen  
Ihr

Dr. Walter Döring MdL  
Landesvorsitzender der FDP  
Wirtschaftsminister und  
stellvertretender Ministerpräsident

Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion

## Verbraucherschutz ein hohes Gut



Ulrich Heinrich, MdB

Seit November vergangenen Jahres hat sich mein Aufgabengebiet beträchtlich erweitert. Nicht nur, dass die Agrarpolitik in der Öffentlichkeit größere Beachtung findet, durch die Umgestaltung des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft sind auch neue Themenbereiche hinzukommen.

Der Verbraucherschutz ist gerade für die Lebensmittelproduzierenden Landwirtschaft ein zentrales Element. Unsere hohen Standards in der Lebensmittel-

sicherheit und die dadurch erzeugte hohe Qualität unserer Lebensmittel stärken das Vertrauen der Verbraucher und gewährleisten den Landwirten ihr Einkommen. Da dieses nicht allein von staatlichen Kontrollen geleistet werden kann, sehe ich hier die politische Aufgabe den Landwirten durch privatwirtschaftliche Zertifizierungs- und Auditprogramme die Eigenverantwortlichkeit für die steigende Qualität ihrer Produkte näher zu bringen.

Ein weiteres Thema in der zukünftigen Agrarpolitik sehe ich in der Weiterentwicklung der europäischen Agrarpolitik, in der der Landwirt wieder als Unternehmer im Mittelpunkt steht. Außerdem muss eine in die Zukunft gerichtete Agrarpolitik an die Entwicklung der Globalisierung angepasst werden. Hier denke ich vor allem an die EU-Osterweiterung und an die WTO-Verhandlungen,

die eine weitere Globalisierung der Märkte zum Inhalt haben werden. Zur Sicherung des vorsorgenden Verbraucherschutz und Gesundheitsschutzes und der hohen europäischen Standards müssen den Beitrittsländern verstärkt Vorbereitungen bereitgestellt werden.

Die wichtigsten Aufgaben in der nahen Zukunft werden der Abbau der Bürokratie und der Marktordnungen im Agrarbereich sowie die schrittweise Umwandlung der produktbezogenen Subventionen in eine Kulturlandschaftsprämie sein.

Um dies alles zu erreichen, ist es notwendig dem ländlichen Raum insgesamt und besonders als Wirtschaftsstandort eine höhere Bedeutung zuzumessen.

Mehr zu den Themen der FDP - Fraktion im Deutschen Bundestag finden Sie im Internet unter [www.fdp-fraktion.de](http://www.fdp-fraktion.de)

Zur Finanzpolitik der FDP/DVP-Landtagsfraktion der Finanzpolitische Sprecher

## Versprochen und gehalten



Dieter Kleinmann, MdL

Trotz schwieriger Haushaltspolitischer Rahmenbedingungen kämpft die FDP/DVP-Landtagsfraktion weiterhin für eine Netto-Nullverschuldung bis zum Jahr 2006. Es ist ihr gelungen, dass dieses hehre Ziel in die Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP aufgenommen worden ist.

Erste Erfolge konnten bereits in der vergangenen Legislaturperiode erreicht werden. So betrug die Ist-Verschuldung 1998 1.673 Mio. DM, während 2.333 Mio. DM veranschlagt waren. 1999 war ein noch besseres Ergebnis zu verzeichnen: Statt

vorgesehenen 1.811 Mio. DM waren es unter dem Strich dann lediglich 999 Mio. DM, also nur noch etwas mehr als die Hälfte. Im Jahr 2000 schließlich lag der Planansatz bei 1.550 Mio. DM, das ist betrug gerade einmal 801 Mio. DM.

Ohne Zweifel hat die positive Entwicklung der Steuereinnahmen in den Jahren 1998 bis 2000 diese Erfolge erleichtert; Verdienst unserer Landespolitik aber ist es, der Versuchung widerstanden zu haben, wachsende Steuereinnahmen gleich wieder für zusätzliche Ausgabenprogramme zu verwenden.

Die schwierigere wirtschaftliche Lage dieses Jahres hat zur Folge, dass man die Entwicklung der letzten drei Jahre nicht einfach in die Zukunft fortschreiben kann. „Mühsam nährt sich das Eichhorn“, sagt ein altes Sprichwort, und die Steuerschätzung im November wird uns gewiss noch manche Sorgenfalten in

die Stirn treiben. Aber das Ziel der Netto-Nullverschuldung darf deshalb nicht aufgegeben werden, denn die Zukunftschancen der nächsten Generation dürfen wir nicht aufs Spiel setzen. Sie hat auszubaden, was wir als Politiker ihr jetzt „einbrocken“. Es gilt für die Zukunft Zeichen zu setzen, nicht Hinterlassenschaften zu zementieren.

In der Bildungspolitik gilt: Unterricht darf nicht ausfallen! Deshalb müssen weitere Lehrerstellen geschaffen werden. Dies ist die erste Priorität – vor der Multimedia-Initiative. 1.090 zusätzliche Lehrstellen stehen im Jahr 2001 zur Verfügung. Im Doppelhaushalt 2002/2003 werden es 1.790 (davon 660 für die Umsetzung der Krankstellvertretungsreserve auf feste Stellen) und 1.230 neue Stellen sein. Wir halten also, was wir versprochen haben.

Und daneben werden die ganztags schulischen Angebote ebenso ausgebaut wie die Betreuung im Rahmen der verlässlichen Grundschule und die Förderung der Schulsozialarbeit. Dies zeigt: Prioritätensetzung ist auch im Rahmen eines strikten Kurses der Haushaltskonsolidierung möglich.

Mehr zum Thema Finanzpolitik und der Landtagsfraktion finden Sie im Internet unter [www.fdp-dvp-fraktion.de](http://www.fdp-dvp-fraktion.de)

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Dirk Niebel

## Reformbedarf in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik



Dirk Niebel MdB

Die Sozialhilfe ist die Schnittstelle zwischen Sozialsystem und Arbeitsmarkt. Die FDP fordert eine Ausgestaltung, die den Bedürftigen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, die Eigenverantwortung stärkt und Leistungsmissbrauch verhindert.

Es darf keine Leistung ohne grundsätzliche Be-

reiterschaft zur Gegenleistung geben. Wer arbeitsfähig aber arbeitsunwillig ist, hat keinen Anspruch auf Sozialleistungen. Wer nicht arbeiten kann, soll Anspruch auf das sogenannte sozio-kulturelle Existenzminimum haben, auf die Leistungen, die für die Eingliederung in die Gesellschaft erforderlich sind. Um die Anreize zur

Arbeitsaufnahme zu erhöhen, muss der, der arbeitet, mehr Geld in der Tasche haben als der, der nicht arbeitet. Daher müssen die Freibeträge für den Hinzuverdienst erhöht werden. Die FDP fordert die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einem System mit einer Leistung und einer Verwaltung. Ein gangbarer

Weg wäre eine Anlaufstelle für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger als Karriere-Zentrum, wo individuelle Beratung und Qualifizierung, finanzielle Unterstützung, medizinische und soziale Dienste und der Kontakt zu Unternehmen, privaten Job-Vermittlern und Zeitarbeitsfirmen aus einem Guss geboten wird.

Vom sportpolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Dr. Klaus Kinkel

## Olympia 2012: Stuttgarts Bewerbung hat gute Chancen



Klaus Kinkel MdB

Stuttgart bewirbt sich um die Olympischen Sommerspiele 2012 – ein

richtiger Schritt. Denn Deutschland hat drei Jahrzehnte nach den Spielen von München durchaus Chancen. Sydney hat bewiesen, was diese größte internationale Sportveranstaltung für eine Stadt, eine Region und ein ganzes Land bedeuten können. Kurz wurde jetzt diskutiert, nach den schrecklichen Terroranschlägen vom September zugunsten von New York auf eine deutsche

Bewerbung ganz zu verzichten. Eine gut gemeinte, aber m.E. vollkommen überzogene Überlegung. Nein, Stuttgart sollte seinen Hut in den Ring werfen. Stuttgart hat als einzige Stadt der Welt bislang die zwei höchsten internationalen Sportauszeichnungen erhalten: Den Olympic-Cup des IOC für die vorbildliche Organisation der Leichtathletik-EM 1986 und den Fair-Play-Preis

der UNESCO für sein tolles Publikum bei der Leichtathletik-WM 1993. Stuttgart verfügt über ausgezeichnete Sportstätten und ein leistungsfähiges Umland. Die Stadt genießt weltweit einen ausgezeichneten Ruf als starker Wirtschafts- und Kulturstandort.

In Stuttgart und in ganz Baden-Württemberg sollten jetzt alle an einem Strang ziehen – so wie das in Nordrhein-Westfa-

len schon geschieht: Politik und Wirtschaft, die Sportvereine und -verbände, die Medien, die Menschen der Stadt und der Region. Unser schwäbischer Olympionike aus Tauberbischofsheim, Dr. Thomas Bach, ist als hoch angesehener Stv. IOC-Vorsitzender sicher auch kein schlechtes Pfund. Ich werde mich als Mitglied des Sportausschusses des Bundestages und baden-württembergisches Lan-

deskind mit ganzer Kraft für Stuttgart einsetzen und hoffe dabei auf die Hilfe meiner Parteifreunde – und nicht zuletzt der Wirtschaft Baden-Württembergs.

Mehr zur Olympiabewerbung Stuttgarts finden Sie unter [www.stuttgart.de](http://www.stuttgart.de) und unter [www.nok.de](http://www.nok.de). Mehr zum Autor unter [www.klaus-kinkel.de](http://www.klaus-kinkel.de)



## Fraktion setzt zukunftsweisende Akzente für Wirtschaft und Justiz

Der Vorsitzende der FDP/DVP-Landtagsfraktion, Ernst Pfister, Wirtschaftsminister Dr. Walter Döring und Justizminister Professor Dr. Ulrich Goll stellten im Rahmen einer Landespressekonferenz eine haushaltspolitische Initiative der FDP/DVP-Landtagsfraktion vor. Es geht um die gezielte Verstärkung von wesentlichen Reformvorhaben im Bereich des Wirtschafts- und Justizministeriums in einem Volumen von fünf Millionen Euro innerhalb des Doppelhaushalts 2002/2003.

### A. Bereich Wirtschaftsministerium

#### 1. Stärkung der Verbraucherzentrale

Auf Initiative der FDP-Fraktion wird bei der institutionellen Förderung der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg ein Mittelzuwachs von jährlich 250 Tsd. Euro stattfinden. Damit beträgt die Förderung durch das Wirtschaftsministerium im kommenden Doppelhaushalt jährlich 2,04 Mio. Euro.

#### 2. Tourismusförderung

Die Erhöhung der Mittel für die Tourismusinfrastrukturförderung um jährlich 375 Tsd. Euro führt zu Aufstockungen der insgesamt hier zur Verfügung stehenden Mittel auf rund 9,6 Mio. Euro für das Jahr 2002 bzw. auf rund 9,4 Mio. Euro für das Jahr 2003.

In dem Rahmen der kommunalen Tourismusinfrastrukturförderung werden in den kommenden beiden Haushaltsjahren zum Beispiel Investitionen mit touristischer Schlüsselfunktion, Kooperationsprojekte, Public Private Partnership-Projekte, umweltverträgliche Maßnahmen und Maßnahmen für Familien schwerpunktmäßig gefördert.

#### 3. Außenwirtschaftsförderung

Die zusätzlichen Mittel für die außenwirtschaftlichen Maßnahmen in Höhe von insgesamt 250.000 Euro für die Jahre 2002/2003 sollen vom Wirtschaftsministerium zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit baden-württembergischer Unter-

nehmen im Ausland durch Qualifizierung von Auslandsmitarbeitern eingesetzt werden.

Zu einem Förderprogramm können Stipendien für Auslandsaufenthalte von Nachwuchsführungskräften ebenso gehören, wie qualifizierende Maßnahmen im Inland zu bestimmten Themen oder Ländern bis hin zu interkulturellem Training.

tals, weshalb die Beteiligungen der MBG künftig noch zahlreicher eingesetzt werden sollen werden.

Auch der Risikokapitalfonds des Landes wird von der MBG mit Erfolg verwaltet. Die wachsende Zahl der Beteiligungen dieses Fonds hat das Fondsvermögen aber schneller abfließen lassen als geplant. Die Stärkung der MBG

aufgestockt.

Döring verwies weiter auf die zunehmende wirtschaftspolitische Bedeutung von Kooperationen und Netzwerken von Unternehmen der mittelständischen Wirtschaft.

Döring: „Wir werden die Kooperationsförderung noch stärker als geplant intensivieren, denn die ursprünglich vorgesehenen Haushaltsmittel von 250 Tsd. Euro

von kleinen und mittleren Unternehmen ebenso der wirksamen Unterstützung bedarf wie die Bereitschaft von Kapitalgebern, in neue technologische Entwicklungen zu investieren, ist dieses Programm von großem Wert.

Döring hat trotz der außerordentlich schwierigen Haushaltslage über 2,7 Millionen Euro für die Haushaltsjahre 2002/2003 aus seinem Haus-

Bad Cannstatt erprobte und bewährte gute Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendamt bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität künftig in allen größeren Städten des Landes umgesetzt werden. Für dieses Projekt werden im Staatshaushaltsplan 2002 / 2003 insgesamt 1 Million DM zur Verfügung gestellt.

Im „Haus des Jugendrechts“ arbeiten Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfe unter einem Dach eng zusammen. Alle Straftaten von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden aus dem Stadtgebiet werden zentral bearbeitet, unabhängig davon, wo sie die Straftat begangen haben. Durch die kurzen Wege und eine deutlich intensivierte Kommunikation zwischen den beteiligten Behörden kann auf jeden Einzelfall schnell und wirksam reagiert werden.

Die FDP/DVP-Fraktion und der baden-württembergische Justizminister Prof. Dr. Ulrich Goll sehen in dieser neuen Strategie bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität eine kluge Investition in die Zukunft: „Staatliche Reaktionen auf Straftaten junger Menschen können nur dann Wirkung zeigen, wenn sie möglichst sofort nach der Tat erfolgen. Dauert es zu lange bis Jugendhilfe, Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte reagieren, geht die erzieherische Wirkung der Sanktion verloren.“

**Modernisierungs-offensive Justiz**  
Die FDP/DVP-Fraktion unterstützt die erfolgreiche Modernisierungs-offensive von Justizministers Goll mit zusätzlichen Haushaltsmitteln in Höhe von 1,8 Millionen DM. Damit werden alle Staatsanwaltschaften in Baden-Württemberg bereits ab dem Jahr 2003 eine moderne Software auf der Grundlage der aktuellen Internet-Technologie (Sijus-Web) erhalten. Von der modernen Software werden allein in den



Außerdem wird daran gedacht, ein Stipendienprogramm für qualifizierende Maßnahmen von Nachwuchsführungskräften ausländischer Unternehmen oder wirtschaftlichen Organisationen in Baden-Württemberg aufzulegen.

#### 4. Mittelstandsförderung

Die Ausweitung von Beteiligungen der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft an Unternehmen, der Risikokapitalfonds des Landes und weitere Maßnahmen im Rahmen der Existenzgründungsinitiative III werden mit zusätzlichen 787 Tsd. Euro unterstützt.

Förderung von Unternehmenskooperationen und Netzwerken bei der mittelständischen Wirtschaft mit zusätzlichen 250 Tsd. Euro. Die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg (MBG), ist ein besonders geeignetes Instrument zur Erhöhung des Eigenkapi-

wird mit den Maßnahmen im Rahmen einer Existenzgründungsinitiative III einhergehen:

Verbesserung der finanziellen Existenzgründungsförderung, indem zum Beispiel zinsgünstige Darlehen bei Existenzgründungen und Betriebsübernahmen weiter verbilligt werden, die Mobilisierung von Gründerpotenzialen wie ausländische Existenzgründer oder von Frauen als Existenzgründerinnen, die Durchführung von Business Plan Wettbewerben, die Aktivierung von Business Angels und die weitere Förderung von Gründerverbänden auf dem Campus.

Für das finanzielle Engagement bei der MBG und für die Maßnahmen innerhalb der Existenzgründungsinitiative III waren insgesamt Haushaltsmittel von 2,5 Mio. Euro im Jahr vorgesehen. Diese Mittel werden nun für 2002 und 2003 um insgesamt 787 Tsd. Euro

jährlich werden für die Jahre 2002 und 2003 um jeweils 250 Tsd. Euro aufgestockt, also verdoppelt“.

#### 5. C1-Programm

Mittel in Höhe von 6,5 Millionen Euro für das C1 Programm für die Jahre 2002/2003 Das Programm zu der Förderung von Entwicklungsvorhaben kleiner und mittlerer Betriebe, das C1-Programm, wird auch in den Jahren 2002/2003 fortgeführt. Jedes Entwicklungsprojekt im Rahmen dieser einzelnen Technologiefördermaßnahme des Landes ist ausschließlich und unmittelbar an den Bedürfnissen des Antragstellers orientiert, die daraus resultierenden Erfahrungen und Produkte kommen dem Unternehmen unmittelbar und exklusiv zu Gute.

Im Hinblick auf die Tatsache, dass in Zeiten, in denen die Innovationsfähigkeit insbesondere

zur Verfügung gestellt. Damit ist es möglich, Mittel in Höhe von 6,5 Mio. Euro für die Haushaltsjahre 2002/2003 zu bewilligen.

### B. Bereich Justizministerium

#### Haus des Jugendrechts für Baden

Die Liberalen sehen in der effektiven Bekämpfung der steigenden Jugendkriminalität eine große gesellschaftspolitische Herausforderung. Parallel zu der neu zu errichtenden Einrichtung „Projekt Chance“ für jugendliche Straftäter und dem laufenden Initiativprogramm für jugendliche Intensivtäter soll nun als weiterer Schritt durch zusätzliche Gestaltungsmittel der FDP/DVP-Fraktion ermöglicht werden, das bundesweit einmalige Modellprojekt „Haus des Jugendrechts“ in Stuttgart-Bad Cannstatt auch in einer geeigneten Großstadt im badischen Landesteil zu realisieren. Darüber hinaus soll die in

&lt;&lt; Fortsetzung von Seite 3

Strafverfolgungsbehörden des Landes über 1.500 Beschäftigte profitieren.

Goll und Pfister betonten: "Es ist für die erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung unverzichtbar, dass die eingesetzten Arbeitsmittel bei den Staatsanwaltschaften auf dem neusten Stand der Technik sind."

Gerade bei der effektiven Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist der schnelle und sichere Datenaustausch, z.B. auch im Rahmen des bundesweiten zentralen Strafverfahrensregisters, eine entscheidende Voraussetzung."

**Verstärkte Drogenberatung im Strafvollzug**  
Zur Stärkung der Drogenberatung in den baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten können ab dem Jahr 2002 über den bereits zur Verfügung stehenden Betrag von 1,5 Millionen DM hinaus jährlich weitere 250.000 DM investiert werden.

Die Mittel sind für den Ausbau der Drogenberatung in den Justizvollzugsanstalten Adelsheim, Freiburg, Heimsheim, Mannheim, Ravensburg und Rottenburg bestimmt.

Die Liberalen wollen mit dieser gezielten Unterstützung der Sozialarbeiter in den psychologi-

schen Beratungs- und Behandlungsstellen den ersten Schritt zum Ausstieg aus der Sucht erleichtern.

Alein im vergangenen Jahr haben über 3.500 Straf- und Untersuchungsgefangene Kontakt zu den externen Suchtberatern zur Bekämpfung ihrer Drogensucht aufgenommen. Dadurch konnten insgesamt 850 Gefangene in stationäre Therapieeinrichtungen außerhalb des Strafvollzuges oder in eine ambulante Suchtbehandlung vermittelt werden.

Die liberalen Spitzenpolitiker wollen die Drogenberatung im Strafvollzug wegen der hohen Fachkompetenz der externen Suchtberater und der guten Zusammenarbeit mit dem Strafvollzug durch zusätzliche Hausmittel stärken:

"Wir halten die intensive Beratung von drogenabhängigen Strafgefangenen als ersten Schritt zum Ausstieg aus der Sucht für eine der wichtigsten Aufgaben bei der Resozialisierung."

Die Beschaffungskriminalität drogenabhängiger Straftäter können wir nur dann wirksam bekämpfen, wenn wir ihnen einen Weg aus der Sucht und damit ein Leben ohne Straftaten ermöglichen."

Die Liberalen wollen mit dieser gezielten Unterstützung der Sozialarbeiter in den psychologi-

Neues aus der Bundestagsfraktion der FDP

## Urlaub blau-gelb: Liberale Tourismuspolitik



Ernst Burgbacher MdB

Bildung, Rückbesinnung auf die Tugenden der klassischen sozialen Marktwirtschaft und Mobilität müssen thematische Schwerpunkte liberaler Politik sein. Das Politikfeld Tourismus ist ein Paradebeispiel für diese liberale Zielsetzung. Die Dienstleistungsbranche ist heute der wichtigste Wirtschaftssektor in Deutschland. Der Tourismus ist wesentlicher Motor dieses Wirtschaftssektors. Im Jahr 2001 sichert der Tourismus rund 2,8 Mio. Arbeitsplätze in Deutschland und trägt mit einem Anteil von acht Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei.

### Bildung/Ausbildung

Gerade im Tourismus können liberale Forderungen zur Bildungspolitik konkretisiert werden: mehr Wettbewerb im Bildungssystem, Stärkung der beruflichen Bildung, Abschlüsse auch für mehr

praktisch Begabte. In öffentlichen und privaten Bildungsstätten werden derzeit 100.000 Jugendliche in touristischen Berufen ausgebildet, der überwiegende Teil im Hotel- und Gaststätten-gewerbe. Ich setze mich für attraktive Berufsbilder und Ausbildungsmöglichkeiten ebenso ein wie für die Einführung von Abschlüssen nach zweijähriger stark praxisorientierter Ausbildung.

### Soziale Marktwirtschaft

Die FDP ist die Partei der sozialen Marktwirtschaft und der Steuergerechtigkeit. Rot-grüne Greueln, wie z.B. die Neuregelung der 630-DM-Jobs, Ökosteuer, Neuregelung des Betriebsverfassungsgesetzes und Teilzeitgesetz, beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit gerade der kleinen und mittleren Unternehmen erheblich. Wir brauchen Deregulierung statt Regulierung. Dies gilt in der deutschen Tourismuswirtschaft, die einem starken europäischen und internationalen Wettbewerb ausgesetzt ist, ganz besonders.

Deshalb brauchen wir eine wirkliche Steuerreform: niedrige und gerechte Steuern für alle durch einen Dreistufentarif mit den Sätzen 15%, 25% und 35%. Deshalb setzt

sich die FDP-Bundestagsfraktion nachhaltig für die Abschaffung der Trinkgeldbesteuerung sowie die Liberalisierung der Sperr- und Öffnungszeiten in der Außen-gastronomie ein. In diesem Zusammenhang habe ich die Aktion "Befreit lachen" mit großem Erfolg ins Leben gerufen. Weitere Informationen finden sich auf den websites [www.befreit-lachen.de](http://www.befreit-lachen.de) oder [www.ernst-burgbacher.de](http://www.ernst-burgbacher.de).

### Mobilität

Mobilität ist die Grundlage des Tourismus. Urlauber verreisen und erfahren Neues. Wer ständig im Verkehrsstau stecken bleibt, sucht sich andere Urlaubsziele. Deshalb muss in die Verkehrsinfrastruktur mehr investiert werden. Überflüssige Hürden und Regelungen müssen beseitigt werden. Die FDP-Bundestagsfraktion hat einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht mit dem Ziel, die Beschilderungsmöglichkeiten für touristische Hinweise entlang von Autobahnen flexibler zu gestalten. Deutschland hat hervorragende touristische Angebote, auf die wegen der bestehenden Reglementierungen nur in Ausnahmefällen hingewiesen werden kann. Dies

wollen wir ändern, damit Deutschland als großes Transitland von den Urlauberströmen auf den Autobahnen stärker profitieren kann.

Und nicht zuletzt: Die Ökosteuer, wie sie Rot-Grün ausgestaltet, ist ökologisch sinnlos und schadet dem Deutschland-Tourismus erheblich. Sie muss weg, die nächste Erhöhung zum 1. Januar 2002 muss auf jeden Fall verhindert werden.

Experten sehen für die deutsche Tourismuswirtschaft in den nächsten Jahren ein Potenzial von 400.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Dieses Potenzial wird nur dann ausgeschöpft, wenn die politischen Rahmenbedingungen richtig gesetzt werden.

Eine starke FDP ist dafür die beste Garantie. Walter Döring beweist dies als Wirtschaftsminister und Präsident des Tourismusverbandes Baden-Württemberg im Land. Ab Herbst 2002 werden wir dies auch in der Regierungsverantwortung im Bund beweisen.

Mehr zu den Themen von Ernst Burgbacher finden Sie im Internet unter [www.ernst-burgbacher.de](http://www.ernst-burgbacher.de)

Liberales Baden-Württemberg Ausgabe 1/2001

## Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung bis zum 12. Lebensjahr gefordert

Der 4. Fachtag der Liberalen Frauen Baden-Württemberg fand am 29. September 2001 in Karlsruhe statt. Rund 50 Frauen und einige Männer nahmen am Fachtag mit dem Motto: „Familienpolitik im magischen Dreieck von Recht – Gesellschaft – Politik“ teil.

Dr. Christine Hohmann - Dennhardt (Richterin des Bundesverfassungsgerichts) gab in ihrem Fachvortrag Denkanstöße zur Familienpolitik aus Sicht der Rechtsprechung.

Die Stuttgarter Stadträtin und FDP-Frauenbeauftragte Corinna Werwigk-Hertneck, die Karlsruher FDP-Kreisvorsitzende und Anwältin

Patricia Erb-Korn, die Tübinger Rechtsanwältin Bettina Bauer und Dr. Christine Kreuzer vom Deutschen Juristinnenbund diskutierten mit der Versammlung am Nachmittag zum Thema „Wie hat Familie Zukunft?“.

In einem zweiten Teil der Tagung wurden 10 familienpolitische Forderungen erarbeitet.

Als wichtigste Forderung stellten die Frauen den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung bis zum 12. Lebensjahr heraus. Dieser soll konsequent durchgesetzt werden.

In der anschließenden Mitgliederversammlung wurde die 50-jährige



Der neue Landesvorstand

Ingrid Saal-Rannacher (Stuttgart) ohne Gegenstimmen zur neuen Vorsitzenden gewählt.

Sie ist damit nach der Landtagsabgeordneten Heiderose Berroth die zweite Vorsitzende nach

der Gründung der Liberalen Frauen Baden-Württemberg im Jahre 1999.

Zu ihren Stellvertreterinnen wurden Jutta Pagel (Schwäbisch Hall) und Dr. Christine Kreuzer (Konstanz) gewählt.

Der weitere Vorstand im Überblick:

Schifführerin:  
Ellen Winkler-Oberman (Filderstadt);  
Schatzmeisterin:  
Claudia Felden (Leimen);

Beisitzerinnen:  
Rose von Stein (Stuttgart), Bettina Bauer (Tübingen), Erika Schellmann (Ludwigsburg), Gabriela Büsselmaier (Mannheim), Ruth Striebel-Döring (Schwäbisch Hall), Frederike Westerhoff (Göppingen).

In ihrer Schlussansprache bekräftigte die neu gewählte Vorsitzende: „Frauenpolitik ist ein Standortfaktor. Keine Gesellschaft,

keine Regierung kann es sich erlauben, auf die Ressourcen, die Fähigkeiten und die Erfahrungen von Frauen zu verzichten!“

Der nächste Fachtag der Liberalen Frauen - zu dem übrigens auch Männer herzlich eingeladen sind - wird im Frühjahr 2002 in Stuttgart stattfinden.

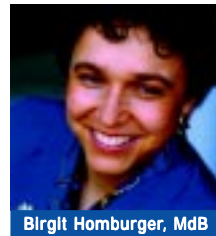


Ausführliche Informationen über die Liberalen Frauen Baden-Württemberg gibt es im Internet unter: [www.liberales-frauen-bw.de](http://www.liberales-frauen-bw.de)



Mitglied im Unterausschuß Vereinte Nationen des Deutschen Bundestages

## FDP fordert VN-Anti-Terrorismus-Konvention



Birgit Homburger, MdB

Mit dem Terroranschlag gegen die USA erfolgte auch ein Angriff auf das höchste liberale Gut, unsere Freiheit. Wir Liberalen unterstützen daher alle Initiativen, die helfen, die Freiheit und das friedliche Zusammenleben der internationalen Staatengemeinschaft zu bewahren und die Menschheit von der Geißel des Terrors zu befreien.

Den Bekundungen der uneingeschränkten Solidarität mit den USA zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus müssen konkrete Taten fol-

gen, die sich nicht in militärischen Mitteln erschöpfen können.

Um einer globalen Gefahr Herr zu werden, braucht es vor allem eine globale Zusammenarbeit. Für mich bieten die Vereinten Nationen (VN) als die einzige weltumspannende Organisation den geeignetsten Rahmen, um eine effiziente Zusammenarbeit der Staatengemeinschaft gegen den globalen Terrorismus voranzubringen. Für die 56. Generalversammlung fordert die FDP daher die Verabschiedung einer Anti-Terror-Konvention. Was wir brauchen, ist ein weltweit verbindliches Regelwerk, um globale Standards im Kampf gegen den Terrorismus zu schaffen und wirksame Werkzeuge an die Hand zu bekommen. Neben der Verbesserung der weltweiten Zu-

sammenarbeit sind gerade präventive politische, wirtschaftliche und kulturelle Maßnahmen erforderlich, um schon das Entstehen von Terrororganisationen im Keim zu ersticken. Besonderes Augenmerk muss dabei auf eine verstärkte Entwicklungspolitik gelegt werden.

Die VN haben in der Vergangenheit zwar einzelne Resolutionen gegen den Terrorismus beschlossen, ein Gesamtkonzept aber fehlt. Daher hat die FDP-Bundestagsfraktion die Bundesregierung in einem Antrag nachdrücklich aufgefordert, sich für eine solche Konvention

in der laufenden Generalversammlung und in der Generaldebatte der VN, die Mitte November unter Beteiligung zahlreicher Staats- und Regierungschefs in New York stattfindet, einzusetzen. Auch der VN-Sicherheitsrat hat sich zwischenzeitlich dafür ausgesprochen. Doch die Bundesregierung zögert noch.

Dabei wäre es dringend erforderlich, zunächst die europäische Position zu koordinieren. Denn ein geschlossenes Auftreten der Europäer ist eine wichtige Voraussetzung für einen Erfolg in der VN-Generalversammlung.

Justizminister Prof. Dr. Ulrich Goll

## Reform der Richterwahl



Prof. Dr. Ulrich Goll

Um zu verhindern, dass bei der Wahl der Bundesrichter und Bundesrichterrinnen parteipolitische Gesichtspunkte die Auswahlkriterien "Eignung" und "Leistung" weiter verdrängen, hat die Landesregierung von Baden-Württemberg auf Initiative von Justizminister Prof. Dr. Ulrich Goll (FDP) einen Gesetzentwurf zur Änderung des Richterwahlgesetzes in den Bundesrat eingebracht. Die Initiative wird vom Präsidium der Bundes-FDP unterstützt. Durch eine öffentliche Ausschreibung aller offenen Bundesrichterstellen soll erreicht werden, dass sich anders als bisher geeignete Personen auch selbst bewerben können. Hierdurch

ist ein breiteres, politisch nicht vorsortiertes Kandidatenfeld zu erwarten. Verbindliche Anforderungsprofile - eine im modernen Personalmanagement selbstverständliche Praxis - sollen die verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Kriterien "Eignung", "Befähigung" und "fachliche Leistung" konkretisieren und so die Auswahlentscheidungen transparenter machen. Weiter soll ein Recht des Präsidialrats des von der Besetzungentscheidung betroffenen Gerichts geschaffen werden, vom zuständigen Bundesminister dann eine mündliche Erörterung zu verlangen, wenn zuvor vom Richterwahlausschuss ein vom Präsidialrat als "nicht geeignet" bezeichneter Kandidat gewählt wurde. In dieser Erörterung soll beiden Seiten Gelegenheit gegeben werden, ihre Standpunkte nochmals darzulegen und zu überdenken, um so zu einer von einem breiten Konsens getragenen und sich an den genannten Kriterien orientierenden Entscheidung zu kommen.

Ulrich Eidenmüller, Vorsitzender der VLK Baden-Württemberg

## Zusammenleben nach dem 11. September



Ulrich Eidenmüller

Was bedeuten die Attentate für den Mikrokosmos des Lebensumfelds in unseren Städten und Gemeinden? Viel - wir dürfen uns da nichts vormachen. Auch in unseren Städten leben gute und böse Menschen. Auch hier können scheinbar friedliche Nachbarn üble Pläne schmieden - wie in Hamburg oder Bochum. Und dass wir alle gefährdet sein können, wo immer wir uns auch bewegen, wird durch nichts deutlicher als durch die Tatsache, dass im World Trade Center 6.000 Menschen gestorben sind, die aus über 60 Ländern kamen, darunter auch 100 Deutsche. Das ist also keine Sache der Amerikaner, die Welt selbst ist getroffen und mit den Ursachen dieses Anschlags muss man sich überall auseinandersetzen. Es war ein absoluter Tabubruch mit unseren Wertmaßstäben, ein Anschlag gegen die offene Gesellschaft, eine grundsätzli-

che Negierung unserer Überzeugungen vom unantastbaren Wert jedes einzelnen Menschen als unverwechselbarer Persönlichkeit. Das fordert nicht nur die Staatengemeinschaft und deren Regierungen, es fordert uns alle vor Ort, wo die Grundlagen für ein friedliches und verständnisvolles Miteinander gelegt werden - oder auch nicht!

Was tun? Uns allen ist klar, dass der Islam auf der Welt ganz überwiegend als eine tolerante und friedliebende Religion gelebt wird. Aber wir können nicht daran vorbei, dass die Taten im Namen eben des Islam begangen worden sind. Wie man diesen mittelalterlich anmutenden und aggressiven Ausprägungen des islamischen Glaubens begegnet, das ist sicher eine Frage, die wir über die Glaubensrichtungen diskutieren sollten und werden, eine Frage auch an die Glaubensgemeinschaft des Islam selbst. Dazu müssen wir uns untereinander besser kennen lernen als bisher, von einem Nebeneinander zu einem Miteinander kommen. Das erfordert einen Dialog in Offenheit und mit der Bereitschaft, auf den anderen wirklich zuzugehen. Seien wir ehrlich: es gibt sie, die mangelnde Bereitschaft, sich mit der Per-

**Impressum**

**Liberales Baden-Württemberg** 

Mitgliedermagazin der FDP/DVP Baden-Württemberg

**Herausgeber:**  
FDP/DVP-Landesverband Baden-Württemberg

**Redaktion:**  
Olaf Bentlage

**Gestaltung:**  
Markus Lochmann

**Druck:**  
Koch, Stuttgart

Postfach 10 15 52  
70014 Stuttgart  
Telefon: 0711 / 666 18 - 0  
Telefax: 0711 / 666 18 12

**E-Mail:** [fdp-bw@fdp.de](mailto:fdp-bw@fdp.de)  
**Internet:** [www.fdp-bw.de](http://www.fdp-bw.de)

**Kampagne**

Mobilitäts-Kampagne der Bundespartei unter <http://www.fdp.de/kampagnen/mobil/>



son des Nächsten, dem "Du", seinem Wert aus einander zu setzen - es gibt sie in unseren Städten, bei uns selbst, bei den ausländischen Mitbürgern auch. Es ist ja auch bequem, sich in der eigenen Gedankenwelt, im eigenen sozialen Umfeld einzurichten. Es tut weh, auf Widerspruch zu stoßen und sich zu korrigieren. Es ist schwer, die eigenen Denkgrenzen zu überprüfen und zu überspringen. Aber es ist notwendig. Für uns alle. Sonst verharren wir in den jeweiligen Schützengräben.

Schon nach den ersten Gespräche hat sich bei uns in Karlsruhe herausgestellt, dass es Ansätze genügend gibt für einen fruchtbaren Dialog: die Verantwortlichen der Stadt halten auf Einladung der Moslem Ansprachen in den Moscheen; die Moscheen selbst öffnen sich für Tage der offenen Tür und für Gesprächskreise; Muslime wollen mit Ständen an Stadtfesten teilnehmen; wir wollen die Gespräche in die Bürgervereine der Stadtteile, in die Sportvereine u.a. tragen; wechselseitige Kontakte zwischen den Glaubensrichtungen werden verstärkt. Die "normalen" Bildungsschienen - Schulen, Kindergärten, Volkshochschulen sollen die Dialogangebote ergänzen. Wichtig bei al-

lem ist: Die üblichen Besinnungsveranstaltungen unter den immer gleichen, zu immer denselben Anlässen, mit immer den gleichen Referenten und Zuhörern, das ist sicher notwendig, aber sie verändern wenig, zu wenig. Diejenigen, um die es uns geht, kommen nicht.

Wir müssen zu denen gehen, die wir nicht anders erreichen. Auf beiden Seiten. Und noch ein wichtiger Gedanke: Die aktuelle Frage des Zusammenlebens mit dem Islam ist nur ein Teil dessen, was im letzten Jahr erst in Deutschland noch heftig unter dem Stichwort "Leitkultur" diskutiert worden ist, aber heute schon wieder aus den Schlagzeilen verschwunden ist. Zu Unrecht, meine ich. Denn die zugrunde liegenden Probleme sind nicht gelöst. Die Auseinandersetzung zwischen Einheimischen und Ausländern, besser zwischen "fremd" und "gewohnt" ist so alt wie die Menschheit selbst. Die Leitkultur-Debatte war nicht die erste und wird nicht die letzte sein. Wir sollten nicht warten, bis sie aus ganz aktuellem Anlass wieder hochbrodelt. Denn Angst, Wut oder Hass sind schlechte Ratgeber. Aber das ist Stoff genug für eine besondere Betrachtung.

Der Wirtschaftsminister des Landes Baden-Württemberg

## Lehrstellenmarkt landesweit deutlich verbessert



Walter Döring

Am 30. September 2001, dem Ende des Berufsberatungsjahres, waren bei den Arbeitsämtern des Landes erstmals seit 1995 wieder mehr Ausbildungsstellen als Bewerber gemeldet.

Die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe ist weiter gestiegen. Die Zahl der angebotenen Lehrstellen hat sich gegenüber dem Herbst des letzten Jahres um 4,7 % erhöht und liegt bei 86.705. Gleichzeitig ist die Zahl der gemeldeten Bewerber um 5,6 % auf 82.440 zurückgegangen.

Erfreulich gering war in diesem Jahr die Zahl der nicht vermittelten Bewerber. In ganz Baden-Württemberg waren es lediglich 692 Jugendliche gegenüber 1020 im letzten Jahr, die nicht vermittelt werden konnten. In den Arbeitsamtsbezirken Offenburg und Schwäbisch Hall konnten sämtlich Ausbildungsplatzbewerber vermittelt werden. In den Arbeitsamtsbezirken Balingen, Heilbronn, Pforzheim, Stuttgart und Villingen-Schwenningen waren es

jeweils unter 10 nicht vermittelte Bewerber.

Gleichzeitig blieben 4.865 Ausbildungsplätze in Baden-Württemberg unbesetzt, wobei diese Zahl erfreulicherweise gegenüber dem Vorjahr nicht gestiegen ist, sondern leicht (- 2,9 %) zurückging. Vor allem in Einzelhandel, bei Bauberufen, bei Ernährungsberufen, in Metallberufen und im Hotel- und Gaststättengewerbe blieben Lehrstellen unbesetzt.

Diese insgesamt positive Entwicklung schlägt sich auch in den Zahlen der Kammern nieder, bei denen die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge registriert werden.

Deutliche Zuwächse gab es im Bereich von Industrie, Handel und Dienstleistungen. Zum 30.09. konnten die Industrie- und Handelskammern des Landes ca. 42.500 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge verzeichnen, was einem Zuwachs von 3,6 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Der IHK-Bereich ist der größte Ausbildungsbereich. Hier werden ca. 60 % aller Ausbildungsverhältnisse registriert.

In regionaler Hinsicht ist aber auch hier eine deutlich Spannweite festzustellen. So reichen Zuwächse von + 9 % bei der IHK Ulm bis zu einem leichten Minus bei den Kammern Mannheim und Bodensee-Oberschwaben.

Nicht ganz so positiv stellt sich die Situation hingegen im Bereich des Handwerks dar. Hier werden etwa 30 % aller Ausbildungsverträge registriert. Exakte Zahlen liegen zum jetzigen Zeitpunkt zwar noch nicht vor. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge gegenüber dem Vorjahr deutlich rückläufig sein wird.

Dieser Rückgang liegt jedoch nicht an der nachlassenden Ausbildungsbereitschaft der Handwerksbetriebe. Das Problem besteht vielmehr darin, dass viele Handwerksbetriebe die von ihnen angebotenen Lehrstellen nicht mit geeigneten Bewerbern besetzen können.

Insgesamt bedeutet dies, dass man von einem Zuwachs bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in Baden-Württemberg für das Jahr 2001 ausgehen kann.

Die Zuwächse im IHK-Bereich werden jedoch durch die zu erwartende negative Entwicklung im Handwerk zumindest teilweise relativiert, so dass sich der Gesamtzuwachs eher bescheiden darstellt. Genaue Zahlen hierüber werden derzeit vom Bundesinstitut für Berufsbildung erhoben. Sie werden allerdings erst bis Mitte Dezember vorliegen.

Gleichzeitig muss auch gesehen werden, dass sich die Zahl der

Der Fraktionsvorsitzende der FDP/DVP Landtagsfraktion

## Besonnenheit ist gefragt



Ernst Pfister MdL

Das Thema Innere Sicherheit hat seit dem abscheulichen terroristischen Anschlag auf das World Trade Center in New York eine neue Dimension bekommen, die auch vor der Landespolitik nicht Halt macht. Es ist auch Aufgabe der Länder, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Mit Selbstbewusstsein können wir sagen, wir stehen in Baden-Württemberg nicht bei Null.

Aber neue Gefährdungen erfordern immer auch eine erneute Prüfung, ob das bestehende rechtliche Instrumentarium in allen Bereichen ausreichend ist. Und die neuen Gefährdungen erfordern es auch, die personelle und sächliche Ausstattung all der Behörden der neu-

en Lage anzupassen, die für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor terroristischen Anschlägen, für die Aufklärung der Strukturen des Terrorismus und für die Strafverfolgung zuständig sind.

Allerdings will ich vor Gesetzesverschärfungen warnen, die über das notwendige Maß zur Aufklärung von terroristischen Straftaten hinausgehen. So habe ich mich in meiner Erwiderung auf die Regierungserklärung von Ministerpräsident Teufel im Landtag dagegen ausgesprochen, das Bankgeheimnis abzuschaffen. Denn nach der derzeitigen Rechtslage bedarf es dieser Abschaffung nicht – es gibt nämlich im Rahmen strafrechtlicher Ermittlungen kein Bankgeheimnis. Beim Verdacht auf eine Straftat – auch einer Straftat steuerlicher Art – sind Banken auskunftspflichtig. Was wir allerdings wollen, ist die Sicherstellung von Vermögensgegenständen und die Bekämpfung von Geldwäsche auch im europäischen und internationalen Rahmen effektiver zu gestalten.

Für den Datenschutz, der völlig zu Unrecht oftmals als Täterschutz de-

nunziert wird, gilt meiner Meinung nach folgendes: Selbstverständlich ist der Datenschutz kein starres Gebilde. Der Datenschutz muss sich immer wieder bewähren und neuen Fragen stellen. Veränderungen datenschutzrechtlicher Bestimmungen, wenn sie denn erforderlich sind, sind also keinesfalls tabu. Aber der Staat ist dann im Detail beweispflichtig, warum diese Veränderungen erforderlich sind.

Wichtig ist mir noch: Ich kann nur davor warnen, die Zuwanderungsdebatte in falscher Weise mit der Terrorismusdebatte zu verknüpfen. Manche tun jetzt so, als wäre alles falsch, was in der Vergangenheit zur Notwendigkeit der Zuwanderung gesagt worden ist. Wir Liberalen haben immer gesagt, dass wir Zuwanderung ermöglichen, kontrollieren und steuern müssen. Diese Aussage ist immer noch richtig.

Mehr zu den Themen der FDP-Fraktion im baden-württembergischen Landtag finden Sie im Internet unter [www.fdp-dvp-fraktion.de](http://www.fdp-dvp-fraktion.de)

Jugendlichen in berufsvorbereitenden Maßnahmen etwa auf der gleichen Höhe bewegt wie im Vorjahr. Dies gilt zum einen für das Berufsvorbereitungsjahr, das auch in diesem Schuljahr wieder über 11.000 Schüle-

rinnen und Schüler umfasst und dies gilt auch für den Bereich der berufsvorbereitenden Maßnahmen der Arbeitsverwaltung, die sich in einer Größenordnung von fast 8.000 Jugendlichen bewegen dürfte.

Mehr zu den Themen liberaler Wirtschaftspolitik finden Sie im Internet unter [www.wm.bwl.de](http://www.wm.bwl.de)

Von Michael Theurer, Oberbürgermeister in Horb, stellvertretender Landesvorsitzender

## Liberaler Justizpolitik stärkt die Innere Sicherheit



Michael Theurer

wird zur Zeit auch in der Bundesrepublik auf allen politischen Ebenen diskutiert, mit welchen Mitteln wir die innere Sicherheit in unserem Land gewährleisten können.

Bei dieser Diskussion kann man allerdings den Eindruck bekommen, dass einige Politiker der Volksparteien versuchen, sich durch jeweils noch weitergehende Forderungen gegenseitig zu übertreffen.

Was ist zu tun?

Nachdem sich die baden-württembergische FDP/DVP in den letzten Jahren wiederholt dafür eingesetzt hat, dass die Polizei sowohl personell als auch technisch gestärkt wurde, muss ein nennenswerter Betrag der jetzt zur Verfügung gestellten Gelder in die Justiz fließen.

Freiheit ist unteilbar; wir können nicht zwischen Polizei und Justiz differenzieren. Erfolgreiche Ermitt-

lungsarbeit der Polizei ist vergeblich, wenn es nachher an Richtern und Staatsanwälten fehlt.

Deshalb muss sich die FDP/DVP auf ihre gute Tradition als Rechtsstaatspartei besinnen und sich in der Koalition dafür einsetzen, dass das hohe Qualitätsniveau unserer Justiz nicht durch finanzielle Einschränkungen gefährdet wird.

Nachdem unser Justizminister Prof. Dr. Ulrich

Goll in den letzten Jahren einen wahrlich vorbildlichen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts geleistet hat, muss jetzt ein angemessener finanzieller Anteil des Anti-Terrorprogramms in die Landesjustiz fließen.

Denn der vermehrte Einsatz von Dolmetschern bei der Kommunikation überwachungs- und Sicherheitsschleusen für Staatsanwaltschaften und Gerichte, mobile Kom-

munikationstechnik u. ä. sind nicht zum Nulltarif zu bekommen.

Nur so kann die baden-württembergische Justiz auch in Zukunft eine tragende Säule des demokratischen und sozialen Rechtsstaats sein.

Gerade in dieser Zeit ist liberale Justizpolitik gefordert, weil sie zur Stärkung der inneren Sicherheit führt.



Eine Initiative des Justizministers Prof. Dr. Ulrich Goll

### Zukunftsweisender Jugendstrafvollzug



Auf Initiative von Justizminister Prof. Dr. Ulrich Goll (FDP) wird in Baden-Württemberg eine bundesweit einzigartige Modelleinrichtung für einen modernen Jugendstrafvollzug errichtet. Zielgruppe des Projekts sind 14 bis 17-jährige Straftäter, die zum ersten Mal zu einer Jugendstrafe ohne Bewährung verurteilt wurden. Durch ein intensives Erziehungsprogramm mit schulischer Bildung, Berufsausbil-

dung und sozialem Training soll ihnen in der Einrichtung das Rüstzeug für ein dauerhaft straffreies Leben vermittelt werden. Die dort verbrachte Zeit

weg werden konnten. So hat sich der Vorstandsvorsitzende der Rohwedder AG, Joachim Rohwedder, bereit erklärt, als stellvertretender Vor-

GmbH & Co. mit ihrem Vorstandsvorsitzenden Willem van Agtmael beteiligt.

Die Jugendlichen, die die ihnen gebotene Chance durch ihre Mitarbeit und Beachtung der vorgegebenen Regeln nutzen, haben die konkrete Aussicht, nach Entlassung dauerhaft eine Arbeits- oder Ausbildungsstelle bei einem der in das Projekt eingebundenen Unternehmen zu erhalten. Wer sich nicht bewährt, wird in den geschlossenen Vollzug zurückverlegt.

Der Trägerverein ist im Internet unter der Adresse [www.projekt-chance.de](http://www.projekt-chance.de) und postalisch unter der Adresse "Verein Projekt Chance, Schillerplatz 4 (Justizministerium), 70173 Stuttgart" zu erreichen.



wird ihnen auf ihre Strafe angerechnet werden.

Eingebunden in das Projekt sind neben hochrangigen Vertretern der Justiz mehrere baden-württembergische Unternehmen, die zu einer aktiven Unterstützung dieser zukunftsweisenden Modelleinrichtung be-

sitzender des Trägervereins den Vereinsvorsitzenden Prof. Dr. Ulrich Goll zu unterstützen. Dr. Hans-Joachim Kay von der Landesentwicklungsgesellschaft konnte als Schatzmeister des Vereins gewonnen werden. Daneben ist unter anderem auch die Fa. Breuning

Der Landesverband der FDP Baden-Württemberg präsentiert sich im Internet auf neuen Seiten

### Interaktiv, informativ, innovativ: [www.fdp-bw.de](http://www.fdp-bw.de)

Von Markus Lochmann

Nach dem erfolgreichen Relaunch des Internetangebots der Südwest-FDP im Jahre 1999 stand nun ein weiterer wichtiger Schritt in Sachen Modernisierung des Internetangebotes des Landesverbandes der FDP Baden-Württemberg an.

Das Zauberwort heisst Datenbank, die Vorteile für den Nutzer sind eindeutig: Mehr Information mit weniger Klicks.

So kann man nun die Pressemitteilungen der FDP nach Politikfeldern anzeigen lassen, sich bequem Beschlüsse, Positionspapiere und andere Dokumente herunterladen, ohne stundenlang im Dokumenten-Archiv stöbern zu müssen.

Das Diskussionsforum der FDP-BW hat sich zu einem vielbesuchten Meinungsforum entwickelt, in dem es manchmal recht heftig zur Sache geht. Parteiex- wie -intern werden hier politische und manchmal auch weniger politische Themen behandelt. Die Stimme des Bürgers findet Gehör. Und das ist gut so.

Ein besonderes



Schmankerl erwartet Sie bei unseren Pressemitteilungen: Als erste Partei in Deutschland überhaupt kann jeder Nutzer die Pressemeldungen der FDP-BW in Echtzeit kommentieren.

Mit diesem Schritt stellt die FDP Baden-Württemberg einen neuen Meilenstein in der Interaktivität des Internetangebotes ei-

ner politischen Organisation auf.

Diesen Weg werden wir konsequent in den nächsten Monaten weitergehen.

Der Aufbau der Kandidatenseiten für die Bundestagswahl im nächsten Jahr ist in vollem Gange und ein datenbankgestütztes Regional-Portal für die Un-

tergliederungen der Partei ist in Planung.

Die FDP trägt als die „Internet-Partei“ eine besondere Verantwortung im Gebrauch und der Nutzung neuer Medien. Besonderes Augenmerk sollten wir jetzt auf mehr Verbreitung und Akzeptanz des Netzes an der Basis setzen. e-mail: [lochmann@fdp.de](mailto:lochmann@fdp.de)

### Kampagne

18|2002 Bürgerfonds: Fundraising der FDP im Internet



<http://www.achtzehnzweitausendzwei.de/>

Landesfachausschüsse und Kommissionen

### Programmarbeit

Der Landesvorstand lädt alle interessierten Mitglieder zur Mitarbeit in den LFA's und Kommissionen ein. Hier können Sie konkret an landes- und bundespolitischen Themen mitarbeiten und

Initiativen für die Umsetzung konkreter FDP-Politik mitzubereiten.

Folgende Landesfachausschüsse und Kommissionen bestehen auf Landesebene mit folgenden Vorsitzenden:

#### LFA Agrarpolitik und ländliche Räume

Dr. Otto Hertäg

#### LFA Außen-, Frieden- und Sicherheitspolitik

Dr. Berthold Meyer

#### LFA Bildung und Wissenschaft

Eckhard Behrens, behrens-heidelberg@t-online.de

#### LFA Europapolitik

Ernst Burgbacher, ernst.burgbacher@bundestag.de

#### LFA Forschung und Entwicklung

Dr. Hans-U. Habermeier, HUH@servix.mpi-Stuttgart.mpg.de

#### LFA Frauenpolitik

Jutta Pagel, Jutta.Pagel@t-online.de

#### LFA Innen- und Rechtspolitik

Ekkehard Kiesswetter, ekkehard.kiesswetter@t-online.de

#### LFA Kultur

Dr. Volker Scherf

#### LFA Sozial-, Gesellschafts- und Jugendpolitik

Dr. Axel Münch, post@AMTiefsee.de

#### LFA Umwelt-, Energie- und Raumordnungspolitik

Uwe Norbert Weber, uwenweber@aol.com

#### LFA Verkehrspolitik

Dieter Bantleon, dieter.bantleon@bku.db.de

#### LFA Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Dr. Horst Glück MdL, glueck@mdl.landtag-bw.de

#### LFA Wirtschafts-, Finanz- und Verbraucherpolitik

Dr. Jan B. Rittaler, jan.rittaler@arctel.net

#### Kommission Liberale und Kirchen

Dieter Kleinmann, kleinmann@mdl.landtag-bw.de

#### Medienkommission

Dietmar Schöning, Dietmar.Schoening@fdp.landtag-bw.de

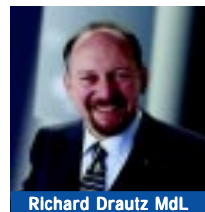
#### Sportkommission

Oskar Marczy

#### Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker

Ulrich Eidenmüller, bm.eidenmueller@karlsruhe.de

Neue Beitragsordnung verabschiedet



Richard Drautz MdL

## Große Ziele sind nur mit starken Finanzen zu verwirklichen

Spätestens zum 1. Januar 2002 muss das gesamte Finanz- und Rechnungswesen der Partei auf EURO umgestellt werden. Aus diesem Grund hat

der Landeshauptauschuss am 20. Oktober 2001 in Ilshofen die Beitragsordnung des Landesverbandes geändert und dabei die für

alle Gliederungen der Partei verbindlichen Vorgaben der Finanzordnung der Bundespartei umgesetzt. Hauptbestandteil ist die neue Beitragsstaffel

(siehe Tabelle)

Als Landes-schatzmeister möchte ich Sie bitten, einmal zu überprüfen, welchen Beitrag Sie derzeit zahlen und ob

sich nicht bei Ihnen eine Änderung aufgrund der neuen Beitragsordnung ergibt.

Sie helfen dann, die FDP finanziell so stark zu machen, dass sie bei der kommenden Bundestagswahl auf Orts-, Kreis-, Landes- und Bundesebene auf gleicher Augenhöhe mit den anderen Parteien antreten kann.

Ihr/e Kreis-schatzmeister/in wird Sie in den nächsten Tagen kontaktieren und mit Ihnen den Beitrag neu vereinbaren.

Die neue Beitragsordnung erhalten Sie übrigens über die Landesgeschäftsstelle oder Sie können sie auch von unserer Homepage im Internet unter [www.fdp-bw.de](http://www.fdp-bw.de) abrufen.

### Beitragsstaffel

A) Bruttoeinkünfte bis 1.500,- Euro monatlich, Mindestbeitrag 6,- Euro monatlich

B) Bruttoeinkünfte von 1.501,- bis 2.600,- Euro monatlich, Mindestbeitrag 8,- Euro monatlich

C) Bruttoeinkünfte von 2.601,- bis 3.600,- Euro monatlich, Mindestbeitrag 12,- Euro monatlich

D) Bruttoeinkünfte von 3.601,- bis 4.600,- Euro monatlich, Mindestbeitrag 18,- Euro monatlich

E) Bruttoeinkünfte über 4.600,- Euro monatlich, Mindestbeitrag 24,- Euro monatlich